

**LUST AUF
MORGEN**

SPD

#SPDerneuern

NEUES MITEINANDER

*LENKUNGSGRUPPE 3: EIN BÜRGERFREUNDLICHER STAAT, DER SICHERHEIT
UND SOZIALE TEILHABE ERMÖGLICHT*

BLICK AUF DIE AKTUELLE LAGE

Wir wollen eine gute und gerechte Gesellschaft, die Teilhabe gewährleistet und Ausgrenzung verhindert. Wir wollen, dass jede und jeder Einzelne die Chance hat, das aus seinem oder ihrem Leben zu machen, was er oder sie möchte. Wir wollen, dass sich alle entscheiden können, ob sie Kinder bekommen oder nicht. Ob sie erwerbstätig sind oder nicht. Ob sie auf dem Land oder in der Stadt leben. Gut ist diese Gesellschaft aber nur dann, wenn man sich auf dem Bahnsteig und an der Bushaltestelle sicher fühlt. Sicherheit heißt auch zu wissen, dass man aufgefangen wird, wenn der Betrieb dichtmacht. Und wenn man weiß, dass man den Anspruch auf einen Unterhaltsvorschuss vom Amt auch schnell bekommt, damit die nächste Klassenfahrt bezahlt werden kann. Grundsätzlich muss gelten, wer Rechtsansprüche hat, muss diese auch praktisch durchsetzbar können. Das ist von großer Bedeutung für die gesellschaftliche Akzeptanz des Staates und für die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger für staatliches Handeln.

Sozialstaat und Rechtsstaat sind eine tragende Säule unserer Demokratie. Wir haben den Anspruch, das Wohlergehen aller zu sichern und vor Lebensrisiken des Einzelnen zu schützen. Wir haben erfolgreich Solidarität zwischen den Starken und den Schwachen organisiert und immer auch seine emanzipatorische, partizipatorische und investive Leistungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Denn alle Bürgerinnen und Bürger sollen in der Lage sein, aktiv an den gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen teilzuhaben.

Doch wie soll unser Staat in Zukunft aussehen? Und was müssen wir tun, damit er weiterhin Menschen unterstützt, ein gutes und gelingendes Leben zu führen? Welche Grundlagen finden wir jetzt vor, um darauf aufzubauen? Und was bedeutet Solidarität unter den heutigen gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen? Wir brauchen einen Sozialstaat, der allen die Chance auf ein selbstbestimmtes und freies Leben garantiert und die Voraussetzungen für Chancengleichheit schafft.

Demografischer Wandel und wirtschaftlicher Strukturwandel stellen den Staat wie auch die Bürgerinnen und

Bürger vor große Herausforderungen. Obwohl Deutschland ein starkes Land ist, haben viele Menschen Zukunftsängste und sind skeptisch. Denn für viele wirkt es, als habe sich der Staat aus ihrem Alltagsleben zurückgezogen. Wir stellen fest, dass es oft große Unterschiede gibt zwischen Regionen, einzelnen Stadtteilen in Großstädten und zwischen Stadt und Land. Was heißt zum Beispiel Daseinsvorsorge konkret für die BewohnerInnen eines strukturschwachen Gebietes? Bei vielen drängt sich das Gefühl auf, dass der Staat in den letzten zwei Jahrzehnten mehr nach betriebswirtschaftlichen Kriterien organisiert wurde. Mit dem Abbau öffentlicher Infrastruktur bleiben ländliche und finanzschwächere Räume zunehmend auf der Strecke. Hinzu kommt, dass die Repräsentanz des Staates durch Institutionen und Personen im Leben vieler Menschen praktisch unsichtbar geworden sind. Dies spiegelt sich auch wieder in der Personalausstattung, in fehlenden Budgets, in fehlender Modernisierung, in fehlender Bürgerfreundlichkeit.

Das ist eine gefährliche Entwicklung und Türöffner für rechtskonservative und neoliberale Kräfte, die den Staat als Instrument einer solidarischen Politik systematisch schwächen wollen. Wir wollen dagegen gerade die Akzeptanz der Solidarität mit denjenigen erneuern, die auf eben diese Solidarität der gesellschaftlichen Mehrheit angewiesen sind. Nur so kann die Gesellschaft zusammenhalten. Letztendlich hängt die Demokratie selbst davon ab, ob es uns gelingt, das Vertrauen in den Staat wiederherzustellen.

Wir leben in einem Einwanderungsland. Aufgrund der Arbeitsmigration und der starken humanitären Zuwanderung der letzten Jahre hat die kulturelle, ethnische und religiöse Vielfalt noch weiter zugenommen. Das bereichert unser Land. Eine der wichtigsten Zukunftsfragen ist, wie diese Vielfalt politisch und sozial gestaltet werden kann. Aber damit sind auch Spannungen verbunden, die das Sicherheitsgefühl vieler Menschen – mit und ohne Migrationshintergrund – beeinträchtigen. Bei der Lösung dieser Fragen wird das staatliche Handeln oft als unzureichend empfunden.

Gesellschaften sind stets im Wandel. Doch noch immer wird zu wenig in diese Richtung aufgeklärt und sensibilisiert. Es wird eine zentrale Aufgabe sein, hier für ein neues gesellschaftliches WIR-Gefühl zu sorgen, das Werte, Rechte und Pflichten umfasst, die sich aus unserer Verfassung ableiten lassen. Dazu zählt vor allem, Gleichheit vor dem Gesetz und inklusive Teilhabe für alle erlebbar zu machen. Damit verbunden ist die Frage nach Identität und unter welchen Voraussetzungen sich Menschen zugehörig und zuhause fühlen.

Gleichzeitig müssen wir uns fragen wie wir das Engagement und die Übernahme von Verantwortung der Bürger und Bürgerinnen im demokratischen System wieder stärken können, um so Vertrauensverlusten vorzubeugen und entgegenzutreten.

SOZIALDEMOKRATISCHE WERTE

Unsere Grundwerte sind Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Diese Grundwerte müssen wir kontinuierlich mit Leben erfüllen, damit sie Realität für alle Menschen sind. Aus sozialdemokratischer Sicht ist daher das Ziel staatlichen Handelns, Strukturen zu schaffen, die allen Menschen ein Leben unter diesen Bedingungen ermög-

lichen – ein Leben frei von Diskriminierung und Bedrohungen, ein Leben, in dem nicht die Herkunft über die persönliche Zukunft entscheidet, ein Leben in einer Gemeinschaft, die individuelle Lebensrisiken und Schicksale solidarisch auffängt.

Die Menschen sollen von ihrer Freiheit Gebrauch machen können. Wir verstehen Freiheit im Sinne Willy Brandts: Freiheit für Viele, nicht nur für die Wenigen. Deshalb wollen wir einen freiheitssichernden Rechtsstaat, der Toleranz, Pluralität und Respekt gewährleistet. Wir wollen so viel Staat, wie erforderlich ist, um Freiheit für alle zu schaffen. Freiheit und Sicherheit werden bei uns in eine vernünftige Balance gebracht. Deshalb beginnt Sicherheit für uns auch mit sozialer Prävention. Gleichzeitig stehen wir für eine wehrhafte Demokratie, die denjenigen stark und konsequent entgegentritt, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung bekämpfen.

Ohne einen handlungsfähigen und bürgerfreundlichen Staat entstehen keine gleichwertigen Lebensverhältnisse in unserem Land. Ohne einen starken und bürgerfreundlichen Staat gelingt keine Integration. Ohne einen starken Staat gibt es keinen Schutz vor Kriminalität. Eine offene Gesellschaft braucht eine starke Demokratie und einen starken sozialen Rechtsstaat. Eine immer lauter werdende organisierte Rechte versucht, unsere offene Gesellschaft systematisch zu destabilisieren und die Zugehörigkeit von Bürgerinnen und Bürger zu unserem Land in Frage zu stellen. Deshalb wollen wir demokratische Strukturen auf allen Ebenen stärken.

Aber was ist eigentlich konkret die Rolle des Staates? Das zu definieren, wird eine der Hauptaufgaben der SPD im Erneuerungsprozess. Wir müssen neu festlegen, was wir meinen, wenn wir von öffentlicher Daseinsvorsorge sprechen.

In einem dezentral organisierten Land wie Deutschland ist die Sicherung der Handlungsfähigkeit der Kommunen und Länder erforderlich. Nur so lässt sich die Funktionsfähigkeit der Verwaltungen und ihre Modernisierung (Bürgerfreundlichkeit) sichern. Schließlich wird in den Städten und Gemeinden als erstes spürbar, ob der Staat tatsächlich handlungsfähig ist oder sich auf dem Rückzug befindet. Deshalb gehört die Funktionsfähigkeit der grundgesetzlich garantierten kommunalen Selbstverwaltung zum Grundbestand sozialdemokratischer Positionen.

Wir stehen dafür, dass wir den Nutzen eines handlungsfähigen sozialen Rechtsstaates in den Vordergrund stellen und sprechen erst im zweiten Schritt über die notwendigen Kosten der hierfür erforderlichen Maßnahmen. Die Akzeptanz des Sozialstaates, einer echten Daseinsvorsorge, sowie einer funktionierenden öffentlichen Verwaltung bemisst sich letzten Endes am sozialen Frieden innerhalb der Gesellschaft.

LEITFRAGEN

1 | IN WELCHEM STAAT WOLLEN WIR LEBEN?

- *Welche Bedingungen muss der Staat schaffen, damit wir frei, sicher und selbstbestimmt leben können?*
- *Wie können wir das Leben der Menschen leichter machen?*
- *Brauchen wir mehr oder weniger Staat?*
- *Wo beginnt kollektive Verantwortung und wo hört sie auf?*
- *Welchen Beitrag leisten Zivilgesellschaft, Vereine und ehrenamtliches Engagement?*
- *Wie sichern wir gleichwertige Lebensverhältnisse in Quartieren und Sozialräumen?*

2 | WIE SEHEN DIE SOZIALEN ABSICHERUNGEN DER ZUKUNFT AUS?

- *Wie begegnet der Sozialstaat den Menschen?*
- *Wie muss ein Sozialstaat aussehen, der das Vertrauen wieder zurückgewinnen kann?*
- *Was kommt nach Hartz IV?*
- *Wie sehen die Sozialversicherungssysteme der Zukunft aus?*
- *Welchen Anspruch an Absicherung haben wir?*

3 | WER SIND WIR? UND WIE WOLLEN WIR IN EINER OFFENEN GESELLSCHAFT MITEINANDER LEBEN?

- *Wer sind „Wir“ und wer gehört dazu?*
- *Wie wollen wir miteinander leben?*
- *Wie sieht echte Gleichberechtigung von Frauen und Männern im Alltag aus?*
- *Wie gelingt es, Barrieren abzubauen und Inklusion in einer vielfältigen Gesellschaft zu verwirklichen?*
- *Wie stellen wir Chancengleichheit her?*
- *Wie gelingt es uns, dass Werte, Rechte und Pflichten, die sich aus unserem GG ableiten lassen, gelebt werden?*
- *Was ist Heimat?*

4 | WIE KÖNNEN WIR FÜR DEMOKRATIE BEGEISTERN, UND WIE REPRÄSENTATIV IST UNSERE DEMOKRATIE?

- *Wie können wir für Demokratie begeistern und sie erlebbar machen?*
- *Wie können BürgerInnen besser an demokratischen Prozessen beteiligt werden?*
- *Wie wird aus politischer Bildung demokratische Leidenschaft?*

5 | WAS BEDEUTEN SICHERHEIT UND FREIHEIT UND WAS BRAUCHT ES, UM DIESE ZU GEWÄHRLEISTEN?

- *Was ist Freiheit? Was ist Sicherheit?*
- *Was braucht es für ein Gefühl von Freiheit und Sicherheit und welche Aufgaben gibt es hier zu bewältigen?*